

Editorial



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Die Steuerdiskussion ist auf breiter Front in Gang gekommen. Nachdem die Wirtschaft im Frühjahr ihr Steuerkonzept vorgelegt hatte, sind nun in mehreren Vorstössen auf parlamentarischer Ebene die Forderungen konkretisiert worden. Das deutliche Nein zu den Energievorlagen ist weitgehend auf die breite Ablehnung neuer Steuern und Abgaben zurückzuführen. *economiesuisse* fordert, dass das im letzten Jahrzehnt

«Eine moderate Steuerbelastung fördert Leistungsbereitschaft.»

verloren gegangene Terrain wieder wettgemacht und die Fiskalquote bis 2010 auf rund 30 Prozent zurückgeführt wird. Eine moderate Steuerbelastung fördert Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung und stellt einen wichtigen Standortvorteil im internationalen Wettbewerb dar. Die durch das positive Wirtschaftswachstum erzeugten Haushaltsüberschüsse sollen primär für Steuersenkungen verwendet werden. Dies ist die beste Garantie dafür, dass Mehreinnahmen nicht zu erneut zunehmenden Staatsausgaben führen. Die vom Bundesrat präsentierten Vorschläge sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es fehlen aber noch notwendige Massnahmen, um den Produktionsstandort Schweiz – und insbesondere die KMU – durch eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen nachhaltig zu stärken.

Schreiben Sie an:
rudolf.ramsauer@
economiesuisse.ch

Umverteilungsinitiative – Sicherheit geht alle an

■ Bei der SPS-Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» geht es um mehr als nur Kosten. Es geht um die Zukunft einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik.

Die «Umverteilungsinitiative» verlangt eine Halbierung der Ausgaben für die Verteidigung gegenüber dem Budget 1987 innerhalb von zehn Jahren. Bei einer solch massiven Kürzung des Budgets ist eine Erfüllung der heutigen Aufgaben von Armee und Zivilschutz nicht mehr zufriedenstellend möglich.

Armee und Bevölkerungsschutz sind wichtige Pfeiler des schweizerischen Sicherheitskonzepts. Unsere Grundwerte sowie Frieden und Stabilität brauchen einen ausreichenden Schutz. Gerade als neutrales Land ohne Einbettung in ein Verteidigungsbündnis ist die Schweiz auf eine glaubwürdige Armee angewiesen. Bei einem Ja zur Initiative hätten wir international endgültig das Image einer sicherheitspolitischen Trittbrettfahrerin.

Mit halbem Budget könnte sich die Schweiz weder mit der heuti-

gen Armee 95 noch mit der geplanten Armee XXI im Notfall befriedigend verteidigen. Dies ist für Stabilität und Unabhängigkeit schädlich, ist doch die Glaubwürdigkeit der Armee der beste Schutz, sie nie zur Verteidigung einsetzen zu müssen.

Fest steht, die Bedrohungslage hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges geändert. Doch ist die



Bernhard
Bühler,
Mitglied der
Geschäfts-
leitung

Welt sicherer geworden? Der Warschauer Pakt ist zerfallen, doch die Waffen sind noch vorhanden. Wie für andere Bereiche auch wäre es geradezu grob fahrlässig, eine fixe Limite für Verteidigungsausgaben in der Verfassung zu verankern. Damit würden wir uns der notwendigen Flexibilität berauben, falls sich die politische Lage wieder ändern würde. Aber auch wirtschaftlich hätte die Umverteilungsinitiative massive Folgen. Der Bundesrat geht von sechstausend Stellen in Industrie, Gewerbe und Verwaltung aus. Eine Studie der Initianten beziffert die zum Opfer fallenden Arbeits-

plätze sogar auf das Doppelte! Die vom Abbau betroffenen Betriebe sollen zwar auf zivile Güter und Dienstleistungen umstrukturiert werden. Die Initiative sieht diesbezüglich einen Ein-Milliarden-Konversionsfonds vor, der die vom Abrüstungsprozess betroffenen Beschäftigten und Regionen unterstützen soll. Dieser künstliche Aufbau und die kurzfristige Subventionierung neuer Unternehmen widerspricht allen Regeln einer liberalen Marktwirtschaft und wird kaum nachhaltige Arbeitsplätze schaffen.

Die Armee hat in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen geleistet. Heute investiert die Schweiz noch zehn Prozent ihrer Bundesausgaben in die Landesverteidigung. Während die gesamten Ausgaben des Bundes im letzten Jahrzehnt nominal um 32 Prozent zunahmen (jene für die soziale Wohlfahrt sogar um 62 Prozent), verzeichnen die Ausgaben für die Landesverteidigung einen Rückgang um 28 Prozent!

Schauen Sie nach unter
www.umverteilung.ch

Bestellen Sie bei uns
Abstimmungsunterlagen

Konsumkredite: gegen Bevormundung

Der Ständerat hat wie schon zuvor der Nationalrat einer abschliessenden Regelung des Konsumkredits zugestimmt. Damit neigt sich der heutige Wirrwarr von kantonalen Sonderregelungen dem Ende zu. Gegenüber dem Nationalrat hat der Ständerat das Gesetz praktikabler und klarer ausgestaltet. Im europäischen Vergleich wird die Schweiz aber die strengsten Regeln für Kreditkarten, Leasing und Konsumkredite haben. Alle Konsumenten werden mit der Begründung des Sozialschutzes weitgehende Einschränkungen bei den modernen Geschäftsformen in Kauf nehmen müssen.

Seite 2 ▶

Wirtschaft im Web

Online informieren

Das Internet ist aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken. Gerade für exportorientierte Unternehmen stellt das Web ein unverzichtbares Hilfsmittel, eine wichtige Verbindung zu den Märkten dar: Kunden, Lieferanten, aber auch die Konkurrenz können vom Schreibtisch aus beobachtet und analysiert werden. Ueli Forster, Geschäftsleiter des St.Galler Textilunternehmens Forster Rohner AG, arbeitet denn auch täglich mindestens anderthalb Stunden mit Hilfe des Internets.

Seite 5 ▶

Outlook

Reich befrachteter Abstimmungsontag

Nachdem die Stimmberechtigten in der Schweiz bereits Ende September über fünf Vorlagen abzustimmen hatten, steht ihnen erneut ein reich befrachteter Abstimmungsontag bevor.

Am 26. November kommen ebenfalls fünf Vorlagen vors

Volk: die Umverteilungs-Initiative und zwei AHV-Initiativen, über die in der vorliegenden Newsletter ausführlich berichtet wird, die Spitalkosten-Initiative der Denner AG sowie das Bundespersonalgesetz.

Gegen das neue Bundespersonalgesetz haben der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe sowie weitere Verbände mit Erfolg das Referendum ergriffen.



Schauen Sie nach unter
www.parlament.ch

Untaugliche Spitalkosten-Initiative

Die Volksinitiative «für tiefere Spitalkosten» der Denner AG will mit einer Verfassungsänderung das Obligatorium in der Krankenversicherung auf die Deckung der Kosten für Spitalaufenthalte beschränken und die Kostenbeteiligung der Versicherten bei einem Spitalaufenthalt aufheben. Der Bundesrat und das Parlament erachten die Initiative jedoch als untauglich, um das Ziel einer Kostendämpfung zu erreichen.

Zeitgemässes Personalmanagement

Das Bundespersonalgesetz, das das veraltete Beamtengesetz ersetzen soll, bildet die arbeitsrechtliche Grundlage für ein zeitgemässes Personalmanagement bei der allgemeinen Bundesverwaltung, der Post und den SBB. Kernpunkt ist die Abschaffung des Beamtenstatus, dafür sollen wirtschaftliches Arbeiten und Leistungen honoriert werden. Die moderne Personalpolitik soll Bund, Post und SBB mehr Handlungsspielraum geben.

Schwerpunktthema

Vorschau auf die Abstimmung vom 26. November: AHV-Initiativen finanziell nicht verkräftbar.

Seite 3 ▶

Steuervorschläge: viele offene Fragen

economiesuisse begrüsst die vom Bundesrat am 2. Oktober publizierten Steuervorschläge als ersten Schritt in die richtige Richtung. Zur dauerhaften Stärkung des Unternehmensstandorts tragen sie aber noch zu wenig bei. Wichtige Anliegen wie die Reduktion der Gewinnsteuersätze für Unternehmen und die Milderung der Progression für alle Kategorien von Steuerpflichtigen wurden im bundesrätlichen Paket nicht berücksichtigt.

Die gezielte Entlastung bestimmter institutioneller Anleger von der Umsatzabgabe wird begrüsst. Dies ist im Interesse des Finanzplatzes. Längerfristig ist die vollständige Abschaffung des Börsenstempels unumgänglich. Bei der Familienbesteuerung favorisiert economiesuisse das Familiensplitting, weil es keine Mehrbelastungen für gewisse sozioökonomische Gruppen verursacht und eine gezielte Alternative zu Begehren bei den Kinderzulagen darstellt. Das vom Bundesrat neu ins Spiel gebrachte Teilsplitting bedarf einer näheren Prüfung. Auch bezüglich Systemwechsel beim Wohneigentum sind noch sehr viele Fragen offen. Die Reform der Eigenmietwertbesteuerung sollte daher vom Steuerpaket abgekoppelt werden.



Kontakt:
pascal.gentinetta
@economiesuisse.ch

Vor einer weiteren Europa-Abstimmung

Zum zweiten Mal hat der Ständerat in der Herbstsession Nichtentretreten auf den indirekten und nicht referendumsfähigen Gegenvorschlag des Nationalrats zur Initiative «Ja zu Europa» beschlossen. Der Gegenvorschlag ist damit endgültig vom Tisch. Die von beiden Räten bereits in der Sommersession abgelehnte Initiative könnte bereits im Frühling 2001 zur Abstimmung gelangen. Die Initianten wurden indes aufgefordert, ihr Begehren zurückzuziehen. Ein populistisches Nein würde sich kontraproduktiv auf das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU auswirken.

Swisscom bangt um Monopol

Der Nationalrat will das Monopol der Swisscom bei den Haushaltanschlüssen nun doch zur Diskussion stellen. Das Geschäft wird in der Wintersession traktandiert. Damit hat der Nationalrat am letzten Tag der Herbstsession einen zuvor getroffenen Entscheid wieder umgestossen.

Politik Schweiz

Ordnungspolitisch fragliche Auflagen

Politische Vorstösse und Sonderregelungen in einzelnen Kantonen zwingen die Politik zum Handeln bei der Konsumkreditgesetzgebung.

Grundsätzlich befürwortet die Wirtschaft eine klare, einheitliche Missbrauchsgesetzgebung. Sie hat dazu frühzeitig konstruktive Vorschläge eingebracht, lehnt aber zu weit gehende, restriktive Gesetzesbestimmungen ab, welche auf eine Bevormundung mündiger Konsumentinnen und Konsumenten hinauslaufen. Wie langjährige Untersuchungen zeigen, können die MarktteilnehmerInnen mit den heute üblichen Formen des Konsumkredits durchaus korrekt umgehen. Entsprechend klein, nämlich weniger als ein Prozent, ist denn auch der Anteil der Betreibungen. Das Konsumkreditgesetz muss deshalb so ausgestaltet sein, dass es den Kreditnehmer vor Missbräuchen schützt und dem Kreditgeber

durch klare Richtlinien Rechtssicherheit verschafft, die es ihm ermöglicht, die Dienstleistungen des modernen Zahlungsverkehrs effizient und kostengünstig zu erbringen. Nur so kann zukünftig den legitimen Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten entsprochen werden.



Thomas Pletscher,
Mitglied der
Geschäftsleitung

Die aktuelle Revision trägt nach den Beratungen im Ständerat diesen Anliegen und einem (zu?) weit gehenden Sozialschutz angemessene Rechnung:

- Klare Kreditfähigkeitsprüfung
- Zentrale Kreditauskunftsstelle
- Einbezug von Leasing und Kreditkarten
- Abschliessende Bundesregelung und Aufhebung des Abzahlungsrechtes

Die Vorlage bringt aber auch ordnungspolitisch fragliche Auflagen (zum Beispiel die Fixierung eines Höchstzinssatzes) und schränkt die Handlungsfähigkeit mündiger Bürger stärker ein als in anderen europäischen Ländern. Dieser politische Kompromiss ist der Preis für die Beseitigung kantonaler Sonderregeln und die Schaffung des Binnenmarktes. Er kann akzeptiert werden, da mit den eingeführten massvollen Korrekturen des Ständerates den legitimen Bedürfnissen der Praxis Rechnung getragen wird. Hingegen wäre ein Beharren des Nationalrates auf weiteren Eingriffen wie starrer Zinsdeckel, Bevormundung von Ehegatten oder drastische Erleichterungen für Kreditkarten nicht akzeptabel.



Schauen Sie nach unter:
www.economiesuisse.ch



Kontakt:
thomas.pletscher
@economiesuisse.ch

Jugendschutz, aber keine Bevormundung

Ja zu einem sinnvollen Engagement beim Schutz der Jugend, Nein zu einer Bevormundung Erwachsener: Dies ist die Haltung von economiesuisse zum Entwurf eines Programms für die Tabakprävention für die Jahre 2001 bis 2005, das der Bund in die Vernehmlassung gegeben hat. Der Verband der Schweizer Unternehmen wehrt sich aber gegen eine «unnötige oder überbordende Regulierung von Industrie und Handel unter dem Deckmantel des Jugendschutzes». Ein Werbeverbot für Tabak, das offenbar auf Gesetzesstufe über das Lebensmittelrecht eingeführt werden soll, lehnt economiesuisse entschieden ab, zumal das Schweizer Volk Ende 1993 entsprechenden Initiativen eine deutliche Abfuhr erteilt hat. eco-

nomiesuisse weist zudem darauf hin, dass das im Entwurf des Departements des Innern wiederholt als Vorbild angerufene EU-Werbeverbot vom Europäischen Gerichtshof als EU-widrig aufgehoben wurde.

economiesuisse baut auf die Selbstkontrolle der Wirtschaft. Der Werbewirtschaft ist der Jugendschutz nicht bloss ein Lippenbekenntnis, sondern ein echtes Anliegen. Über ihre Lauterkeitskommission überwacht sie mit Erfolg seit Jahren eine Reihe von freiwilligen, die Jugend betreffenden Selbstbeschränkungsmassnahmen der Tabakindustrie. Seitens der Behörden war bislang jedoch noch kein ernsthaftes Interesse für eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft festzustellen, kritisiert economiesuisse in der

Vernehmlassungsantwort: «Anscheinend vertraut man bei diesen Instanzen auf staatliche Verbote als einzig wirksame Mittel, was unseres Erachtens dem Volksverständnis in diesem Land zuwiderläuft.» Mit staatlichen Verboten indes würden die Probleme nicht aus der Welt geschafft. economiesuisse äussert sich auch kritisch zur Finanzierung eines allfälligen Präventionsprogramms. Der Vorschlag eines eigenen Tabakpräventionsfonds, finanziert mit neuen Zwangsabgaben, wird als systemwidrig abgelehnt. Vielmehr sollten die Abgaben aus dem Verkauf der Tabakprodukte ungeschmälert für die AHV erhalten bleiben.



Schauen Sie nach unter:
www.economiesuisse.ch

Politik International

Wien schafft Börsensteuer ab

Während in der Schweiz der Börsenstempel, der die Abwanderung der Börsengeschäfte fördert, nur zaghaft beseitigt wird, schreiten andere Länder zügig voran: Die österreichische Regierung hat beschlossen, die Börsenumsatzsteuer auf Anfang Oktober aufzuheben. Dadurch erhofft man sich neue Impulse für den Kapitalmarkt. Die Einnahmehausfälle

in der Höhe von rund 1 Mrd. Schilling werden allerdings anderweitig kompensiert. Ohne Erfolg blieb die Absicht der österreichischen Regierung, eine Spekulationssteuer einzuführen.

Berlin kompensiert Öko-Steuern

Der massiv gestiegene Ölpreis und – damit verbunden – die hohen Benzin- und Dieselpreise haben in zahlreichen euro-

päischen Ländern zu massiven Protesten geführt. Unter dem Druck der Strasse gaben namentlich die sozialdemokratischen Regierungen in Paris und Berlin nach und machten bei den Ökosteuern Abstriche. Die rot-grüne Regierung Deutschlands gewährt Entfernungspauschalen für Pendler und Heizkostenzuschüsse für Arme. Damit räumt sie ein, dass bei Energiesteuern nicht deren Lenkungswirkung im Vordergrund steht.

Die Schweizer Wirtschaft im Äther

Was kann den Wirtschaftsaufschwung noch bremsen? Wie gut sind die Halbjahresergebnisse der grossen Schweizer Unterneh-



Markus Rossier,
Radio-
redaktor

men? Warum verkauft die Nationalbank ihre Goldreserven? Welche Sorgen plagen die Maschinenindustrie? Wieso schadet die Stempelsteuer der Schweizer Börse? – Immer mehr Leute interessieren sich für Informationen aus der Wirtschaft. economiesuisse trägt diesem Bedürfnis Rechnung und betreibt einen Radioservice. In einem kleinen Studio im Haus der Wirtschaft werden für die Lokalradios Hintergrundberichte zu wirtschafts- und staatspolitischen Themen und Interviews mit den «Leadern» der Schweizer Unternehmen produziert. Weil sich die wenigsten Lokalradios eigene Wirtschaftskorrespondenten in Zürich leisten können, machen sie von diesem An-



Iwan Lieberherr,
Radio-
redaktor

gebot rege Gebrauch. Dies belägen die Abrufstatistiken wie auch die Rückmeldungen. Mit Markus Rossier und Iwan Lieberherr verfügt economiesuisse über zwei erfahrene Journalisten. Gemeinsam geben sie der Schweizer Wirtschaft eine Stimme im Äther. Die Radiobeiträge sind auch auf der Internet-Site von economiesuisse zu hören.



Kontakt:
radio@economiesuisse.ch



Hören Sie rein!
www.economiesuisse.ch

AHV-Initiativen finanziell nicht verkraftbar

Am 26. November wird über die beiden Volksinitiativen «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» und «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» abgestimmt. Die Initiativen verlangen eine Ruhestandsrente für Männer und Frauen ab 62 Jahren.

Die Volksbegehren sind Antworten auf die Erhöhung des Frauenrentenalters und die schlechte Arbeitsmarktlage Mitte der neunzi-

«Für die Flexibilisierung braucht es eine Lösung, die kostenneutral ist.»

ger Jahre. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiativen ohne Gegenvorschlag ab, weil sie mit kaum tragbaren Kostenfolgen für die Sozialversicherungen verbunden sind. Auch die Wirtschaft bekämpft die Initiativen aus konzeptionellen und aus finanziellen Gründen. Für die gewünschte Flexibilisierung des Pensionsalters braucht es eine Lösung, die kostenneutral ist.

Die beiden Hauptanliegen der Initiativen – Flexibilisierung des Altersrücktritts und die Gleichstellung von Mann und Frau – sind zwar zeitgemäss und entsprechen einem breiten Bedürfnis der Bevölkerung. Die konkrete

Umsetzung der Initiativen bringt jedoch erhebliche finanzielle Mehrkosten für die AHV und gefährdet die Sicherheit der Sozialversicherungen als Ganzes.

Die Initiativen verlangen eine Ruhestandsrente ab 62 für beide Geschlechter, ohne aber die sozialen Verbesserungen der 10. AHV-Revision rückgängig zu machen. Doch selbst ohne weiteren Ausbau von Leistungen sind die Grenzen der Finanzierbarkeit der Sozialwerke bereits erreicht. Der Bundesrat beziffert die Mehrausgaben als Folge der Initiativen auf netto 1618 Millionen Franken. Darin eingerechnet sind die Auswirkungen auf die AHV, die Invalidenversicherung, die Ergänzungsleistungen und die Arbeitslosenversicherung. Nicht berücksichtigt sind Steuerausfälle und Beitragsausfälle bei der zweiten Säule.

Die Einführung einer Ruhestandsrente bringt darüber hinaus administrative Probleme. Der Erhalt der Ruhestandsrente setzt zumindest ein partielles Arbeitsverbot voraus. Die entsprechende Kontrolle wäre sehr aufwändig, vor allem für Rentenbezügler, welche nicht in der Schweiz leben. So bedingt die Ruhestandsrente die Schaffung eines bürokratischen Abklärungs- und Kontrollsystems, damit die Renten nur an Personen ausbezahlt werden, welche dazu berechtigt sind. Schliesslich bringen die Initiativen eine mangelnde Flexibilität.

Sie zementieren das Rentenalter auf Verfassungsstufe. Das Rentenalter könnte künftig nur noch herabgesetzt, jedoch nicht heraufgesetzt werden.

Die Flexibilisierung des Rentenalters und die Gleichstellung von Frau und Mann sind berechnete Forderungen an ein modernes Sozialversicherungssystem. Beide Anliegen wurden, in der 10. AHV-Revision aufgenommen und sollen in der 11. AHV-Revision weiter ausgebaut werden. Die 11. AHV-Revision soll eine weitere Flexibilisierung des Rentenalters ermöglichen. Die Gleichstellung wird in dem Sinne verwirklicht, dass das Rentenalter der Frauen auf das Pensionsalter der Männer angehoben wird. Auch europäische Nachbarstaaten sehen sich angesichts der demographischen Herausforderung zu Rentenalterserhöhungen gezwungen.

Die Weichen bei den Sozialwerken müssten jetzt für die lang-

«Die Weichen bei den Sozialwerken müssten jetzt richtig gestellt werden.»

fristige Zukunft richtig gestellt werden. Die Augen vor der Alterung der Gesellschaft zu verschliessen wäre verfehlt. Bei höherer Lebenserwartung das Rentenalter zu senken scheint gegenüber der jungen Generation verantwortungslos. Mit den sin-

Länder mit einem Rentenalter von 65 Jahren und älter

Australien	65
Ab 2013 für Frauen	
Deutschland	65
Ab 2001 (Männer)	
Ab 2004 (Frauen)	
Grossbritannien	65
Ab 2013 für Frauen	
Island	67
Irland	65
Niederlande	65
Neuseeland	65
Ab 2001	
Norwegen	67
Schweiz	65
Ab 2009 für Frauen	

Quelle: Social Security Pensions, ILO, Geneva, 2000

kenden Geburtenraten steht einer wachsenden Zahl von Rentnern eine schrumpfende Zahl Erwerbstätiger gegenüber. Die Solidarität der Erwerbstätigen darf nicht überstrapaziert werden. Die Ermöglichung des vollen Rentenvorbezugs ab 62 wird unweigerlich eine allgemeine Reduktion des Pensionsalters zur Folge haben. Dies würde nachträglich höhere Steuern und Abgaben nach sich ziehen. Vorab Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Junge und Familien würden dadurch finanziell geschwächt. Steigende Belastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind kontraproduktiv, weil sie für den Werkplatz Schweiz einen Attraktivitätsverlust bedeuten.

Links
www.economiesuisse.ch
www.gegen-ahv-demontage.ch

Für liberale Spielregeln

Mit der voranschreitenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft wachsen die Bedürfnisse nach liberalen Spielregeln, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen über die Grenzen weiter erleichtern.

Nachdem das von der Schweizer Wirtschaft sehr erwünschte und unterstützte Vorhaben einer weiteren Verhandlungsrunde im Rahmen der WTO eine Verzögerung erfahren hat, sind andere Massnahmen noch vordringlicher geworden. Zu denken ist dabei insbesondere an den Ausbau des Netzes von EFTA-Freihandelsabkommen mit Drittstaaten.

economiesuisse anerkennt die bisherigen negotiatorischen Leistungen der schweizerischen Unterhändler im Rahmen der EFTA und erhofft, dass dem Ausbau des Abkommensnetzes auch weiterhin hohe Priorität eingeräumt wird. Bekanntlich hat auch die EU in dieser Frage ein beachtliches Tempo angeschlagen. Es genügt nun aber offensichtlich nicht, seitens der EU und der EFTA zwei parallele Freihandelsnetze mit Drittstaaten in Europa und Übersee aufzubauen, damit diesem Schritt noch nicht sicherstellend höhere Steuern und Abgaben nach sich ziehen. Vorab Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Junge und Familien würden dadurch finanziell geschwächt. Steigende Belastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind kontraproduktiv, weil sie für den Werkplatz Schweiz einen Attraktivitätsverlust bedeuten.

Kontakt
gregor.kuendig
@economiesuisse.ch

Vernehmlassungen

25.10.2000

Neues Ausländergesetz.

20.11.2000

Verordnung vom 6.7.1983 über Organisation und Aufgabe der wirtschaftlichen Landesversorgung.

20.11.2000

Verordnung vom 6.7.1983 über die allgemeinen Grundsätze der Vorratshaltung.

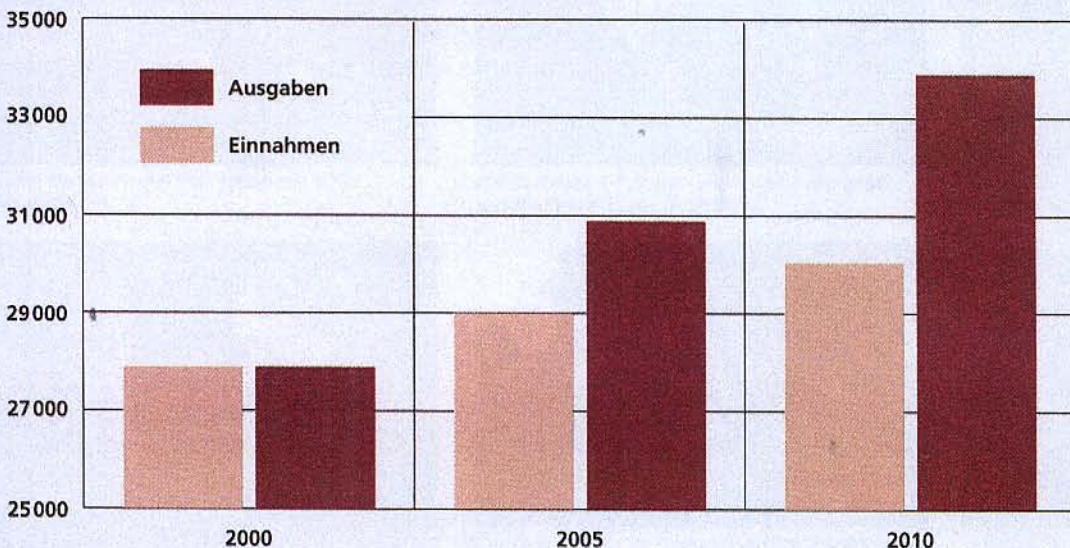
20.11.2000

Revision des Kartellgesetzes.

19.1.2001

Strassenverkehrsstatistik-Leitbild für die Schweiz im Jahre 2010.

Ausgaben und Einnahmen der AHV (ohne 11. AHV-Revision)



In Millionen Franken (zu Preisen von 1999).

Quelle: Botschaft zur 11. AHV-Revision

Lausanne, 15. September 2000

Tag der Wirtschaft



Jacques Rognon und Gilbert Couteau, Vorstandsmitglieder von economieuisse.



Neues Mitglied aufgenommen: economieuisse-Direktor Rudolf Ramsauer (rechts) begrüsst Piero Schäfer von der Schweizer Werbung.



Die Genfer FDP-Nationalrätin Madeleine Bernasconi und Michel Balestra, Chambre de commerce et d'industrie de Genève.



Bernard Koechlin, Vorstandsmitglied des ehemaligen Vororts, im Gespräch mit Marco Fischer, Vorstandsmitglied von economieuisse.



Rudolf Ramsauer und Rolf Schweizer, SGCI-Präsident.



economieuisse-Präsident Andres F. Leuenberger und Bundesrat Pascal Couchepin.



Michel Dérobert, Association des Banquiers Privés, und alt Staatssekretär Franz Blankart.



Alt Ständerat Franz Muheim und Divisionär Urban Siegenthaler.



Christian Boesch, Direktor der Zürcher Handelskammer, und Pierre Languetin, ehemals Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank.



Botschafter Jörg Reding, Staatssekretariat für Wirtschaft, Beat Moser, SGCI-Direktor, und Ph. Olivier Burger, economieuisse-Vorstandsmitglied.





Paneldiskussion zum Thema «Innovation und Unternehmertum in der Schweiz».



economiesuisse-Präsident
Andres F. Leuenberger.



André Kudelski, Verwaltungsratspräsident Kudelski SA.



Bundesrat Pascal Couchepin,
Volkswirtschaftsminister.



Diskussionsleiter
Beat Kappeler, Publizist.



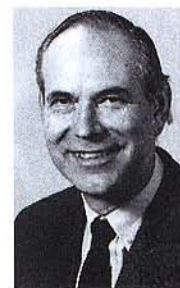
Thomas Wellauer, CEO Credit
Suisse Financial Services.



François L'Eplattenier, Präsi-
dent Novartis Venture Fund.

Das Internet ist aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken. Gerade für exportorientierte Unternehmen stellt das Web ein unverzichtbares Hilfsmittel, eine wichtige Verbindung zu den Märkten dar: Kunden, Lieferanten, aber auch die Konkurrenz können vom Schreibtisch aus beobachtet und analysiert werden. Ueli Forster, Geschäftsleiter des St.Galler Textilunternehmens Forster Rohner AG, arbeitet denn auch täglich mindestens anderthalb Stunden mit Hilfe des Internets.

Online-Datenbank Nexis-Lexis, ein umfassendes Archiv- und News-Angebot aus Politik und Wirtschaft. Hier orientiert sich Ueli Forster vorab über das



Ueli Forster

In erster Linie braucht Ueli Forster das World Wide Web für die Kommunikation. Mit Geschäftspartnern, aber ab und zu auch mit Freunden und der Familie pflegt er einen intensiven E-Mail-Verkehr.

weltweite Geschehen in der Textilindustrie. Praktisch täglich loggt er sich ein, um zu verfolgen, was die grossen Textilfirmen auf der ganzen Welt verlauten lassen.

Sämtliche Bankangelegenheiten – geschäftliche wie private – wickelt er ebenfalls über das Internet ab. Die Homepages der beiden Schweizer Grossbanken UBS und CS Group gehören denn auch zu jenen Sites, die Ueli Forster am häufigsten besucht. Über diese beiden Adressen informiert er sich zudem täglich über das Börsengeschehen.

Auf den Homepages seiner Konkurrenz informiert sich Ueli Forster gezielt über deren Auftritt und wenn möglich über ihre Pro-

www.ubs.ch
www.csgroup.ch
www.nexis-lexis.com
www.marksandspencer.com

Ohnehin ist das World Wide Web für den St.Galler Unternehmer in erster Linie ein Mittel, um sich um sich auf dem Laufenden zu halten. Zu seinen Favoriten gehört denn auch die

dukte. Ebenfalls gezielt verfolgt er das Angebot seiner Lieferanten und Kunden. Zu den grössten Kunden der Forster Rohner AG gehört der britische Warenhauskonzern Marks and Spencer, deren URL-Adresse ganz oben auf Ueli Forsters Favoriten-Liste steht.

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Verantwortliche Redaktion: Iwan Lieberherr
Adresse: Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich
Tel: 01/421 35 35, **Fax:** 01/421 34 34
E-Mail: iwan.lieberherr@economiesuisse.ch
Web: www.economiesuisse.ch
Erscheinungsweise: monatlich
Gestaltung: Layout88 GmbH, Zürich
Druckvorstufe und Druck: RDV, Berneck

Dokumentation

- **Newsletter**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis
- **Dossier Politik, Pressedienst**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich, gratis
- **Facts der Wirtschaft**
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader,

- Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, erscheint 4-5 Mal jährlich, gratis
- **Umverteilungsinitiative**
Argumentarium und Kurzbroschüre zur Abstimmungsvorlage, gratis
- **Steuerkonzept**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanz-

- ordnung. Broschüre, 31 Seiten, Fr. 10.–
- **Wirtschaftspolitisches Jahrbuch SHIV (Vorort)**
Ausführungen zu wirtschaftspolitischen Themen, Ausgabe 1999. Taschenbuch, 204 Seiten, Fr. 35.–
- **E-Mail-Service**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Name, Vorname _____

Funktion _____

Firma _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____